

3173/J XX.GP

der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales  
betreffend geplante Verschlechterungen im Bereich des Pflegegeldgesetzes  
Wie kürzlich bekannt wurde, wurde im Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und  
Soziales ein sogenanntes „internes Beamtenpapier“ zur Novellierung des Bundes-  
pflegegeldgesetzes erstellt, welches bereits mit den Soziallandesräten diskutiert wird.  
Unsere Informationen zufolge sind eklatante Verschlechterungen für die  
PflegegeldbezieherInnen der höheren Stufen geplant. Dies würde eine drastische  
Verringerung der Lebensqualität behinderter Menschen bedeuten.  
Im Rahmen der Sparpakete mußten gerade die BezieherInnen von Pflegegeld massive  
Verschlechterungen hinnehmen, eine neuerliche Novellierung nach unten würde eine völlige  
Demontage des Pflegegeldgesetzes bedeuten.  
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Ist es richtig, daß in Ihrem Ministerium eine Novelle des Bundespflegegeldgesetzes  
vorbereitet wird?  
Wenn ja, welche Maßnahmen sind im Detail geplant?
- 2) Gibt es dazu ein „Beamtendiskussionspapier“?  
Wenn ja, wie lautet der Inhalt dieses Papieres?
- 3) Ist es richtig, daß die Zuordnungskriterien für die Pflegegeldstufen 5-7 verschärft  
werden sollen, indem die Stundenanzahl der Pflegetätigkeit erhöht wird und zwischen  
„koordinierter“ und „unkoordinierter Pflege“ unterschieden wird?  
Wenn ja, wie begründen Sie dies?
- 4) Ist Ihnen bewußt, daß mit diesen geplanten Maßnahmen ein selbstbestimmtes Leben  
unmöglich gemacht wird und zukünftig eine noch größere Anzahl von Menschen von  
der Abschiebung in Institutionen bedroht ist?
- 5) Werden Sie in die Beratungen für allfällige Gesetzesänderungen im Pflegegeldbereich  
betroffene Menschen miteinbeziehen?  
Wenn nein, warum nicht?